

A N T R A G

Fraktion Freie Wähler/Freie Bürger Dresden

Gegenstand:

Corona Impfschäden – Aufklärung, Aufarbeitung und Hilfe für Betroffene

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- dem Stadtrat bis zum 31. Dezember 2023 einen Bericht über unerwünschte Nebenwirkungen bei der Anwendung von Covid-19-Impfstoffen bei Mitarbeitern der Stadtverwaltung und von Eigenbetrieben der Stadt vorzulegen.
- eine Beratungsstelle für Bürger der Stadt Dresden einzurichten, die vom sogenannten „Post-Vac-Syndrom“ betroffen sind.
- die Einrichtung einer spezialisierten Ambulanz zur Behandlung des „Post-Vac-Syndroms“ im Klinikum der Stadt Dresden zu prüfen und dem Stadtrat zum Ergebnis der Prüfung bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.

Beratungsfolge

Plandatum

<u>Beratungsfolge</u>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	21.08.2023	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dresden)		nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dresden)		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Die Impfung mit den sogenannten Corona Impfstoffen wurde nach deren bedingter Zulassung durch eine massive staatliche Kampagne als nebenwirkungsfreie Möglichkeit zur Beendigung der Pandemie beworben. Federführend war dabei der Bundesgesundheitsminister K. Lauterbach (SPD), der wiederholt öffentlich diese Aussage traf. Kritiker der sogenannten Corona Impfstoffe wurden als „Corona Leugner“ und „Verschwörer“ diffamiert. Er äußerte sich unter anderem wie folgt.: „Menschen, die anderes glauben, seien Opfer von „schäbiger Desinformation“. Im März 2023 dann die Kehrtwende durch den Bundesgesundheitsminister, der erstmals öffentlich zugab, dass es unerwünschte Nebenwirkungen bei der Anwendung von Covid-19-Impfstoffen gibt. Inzwischen ist klar, dass die unerwünschten Nebenwirkungen zu schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen können, bis hin zum Tod von Menschen.

Die Stadt Dresden mit dem Oberbürgermeister an der Spitze beteiligte sich intensiv an der Impfkampagne, mit einem eigenen Impfzentrum, mit Werbeaktionen und mit der öffentlichen Impfung von Bürgermeistern.

Die Opfer der Impfung dagegen erfahren bis heute durch die offiziellen Stellen der Stadt Dresden nicht die gebührende Beachtung. Sie sind nicht selten allein mit ihren Problemen und müssen sich oft monatelang auf eine Odyssee durch Arztpraxen begeben, ohne wirklich Hilfe zu bekommen. Für betroffene Bürger der Stadt ist es daher wichtig, dass die Stadt ein Beratungsangebot schafft, wo sie sich hinwenden können. Zudem sollte auch die Schaffung einer spezialisierten Ambulanz im Klinikum der Stadt geprüft werden, damit die Menschen sich nicht an hoffnungslos überlaufenen Kliniken, wie die in Marburg wenden müssen.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Mitarbeiter aus dem Klinikum, der Feuerwehr, den Pflegeeinrichtungen der Stadt Dresden, sowie alle Angehörigen der Gesundheits- und Pflegeberufe, die seit März 2022 einer Pflicht zur Impfung unterlagen. Seit 2022 gibt es in Dresden regelmäßige Demonstrationen für eine freie Impfentscheidung, organisiert vor allem von Mitarbeitern aus den betroffenen Berufsgruppen, die bis heute durch den Oberbürgermeister ignoriert worden sind. Es ist an der Zeit, dass sich die Stadt bei diesen Menschen entschuldigt und eine ehrliche Aufarbeitung des eigenen Handelns in Angriff nimmt.

Jens Genschmar
Fraktionsvorsitzender

Anlagenverzeichnis:

-